sui generis

Analysen und Perspektiven
von Assistierenden des Rechtswissenschaftlichen Instituts
der Universität Zürich

CHEN

Unter Gleichen

Herausgegeben von Lukas Hussmann, Nicole Nickerson
Arezoo Sang Bastian und Youlo Wujohktsang

Beitrag von Julia Meier

**Gleichstellung der Geschlechter
vor Gericht – strategische
Prozessführung und die schweizeri-
sche Verfassungsordnung**

Erschienen in APARIUZ XXII

APARIUZ XXII: Unter Gleichen

Dieses Werk ist erschienen in der Reihe *sui generis*,
herausgegeben von Daniel Hürlimann und Marc Thommen.

1. Auflage 25. Juli 2021 – © 2021 bei den Autorinnen

Dieses Werk wurde unter einer Creative Commons Lizenz als Open Access
veröffentlicht, die bei Weiterverwendung nur die Nennung des Urhebers erfordert
(CC BY 4.0 – <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>).

Die Druckvorstufe dieser Publikation wurde vom Schweizerischen
Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt.

ISBN: 978-3-907297-19-3

DOI: 10.38107/019

Gleichstellung der Geschlechter vor Gericht – strategische Prozessführung und die schweizerische Verfassungsordnung

© 2021 Julia Meier

DOI: 10.38107/019-02

www.suigeneris-verlag.ch

Julia Meier

Gleichstellung der Geschlechter vor Gericht – strategische Prozessführung und die schweizerische Verfassungsordnung

I.	Der Gang vor Gericht als Mittel auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter	18
1.	Eine Anekdote	18
2.	Übersetzbarkeit der Strategie in die schweizerische Rechtsordnung	19
<hr/>		
II.	Strategische Prozessführung	20
1.	Ein Definitionsversuch	20
2.	Politische Partizipation durch die Judikative	21
<hr/>		
III.	Drei Spezifika der schweizerischen Rechtsordnung	23
1.	Distinktes Demokratieverständnis	23
2.	Gewaltenteilungsprinzip und eingeschränkte Verfassungsgerichtsbarkeit	24
3.	Vielzahl von direkt-demokratischen Mitteln der Partizipation	25
<hr/>		
IV.	Exemplarischer Rückblick	26
1.	Strategische Prozessführung gegen kantonale Erlasse	26
2.	Strategische Prozessführung gegen Bundesgesetze	28
3.	Die Rolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	30
<hr/>		
V.	Strategische Prozessführung in der Schweiz	32

I. Der Gang vor Gericht als Mittel auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter

1. Eine Anekdote

Ruth Bader Ginsburg ist ein Idol der Frauenbewegung.¹ Mit dem Fall *Moritz v. Commissioner of Internal Revenue*² begann ihre Karriere als Kämpferin für die Gleichstellung der Geschlechter.³ Sie vertrat Charles Moritz, der die Kosten für die Pflege seiner kranken Mutter von den Steuern abziehen wollte.⁴ Sec. 214 des *Internal Revenue Code* sah jedoch vor, dass nur Frauen, Witwer oder Ehemänner, deren Ehefrau arbeitsunfähig oder in einer Institution ist, diesen Abzug vornehmen dürfen.⁵ Moritz war ledig und deshalb nicht anspruchsberechtigt. Ginsburg argumentierte, dass Sec. 214 auf geschlechterspezifischen Stereotypen beruhe und diskriminierend sei.⁶

Die Anwälte der Gegenseite fügten ihrem Schriftsatz einen Anhang bei. Dieser enthielt eine Liste sämtlicher Bestimmungen des *United States Code*, die einen bestimmten Bereich für Männer und Frauen unterschiedlich regeln.⁷ Sie wollten aufzeigen, auf wie viele Bestimmungen sich ein Urteil, das Ginsburgs Argumentation folgt, auswirken könnte.⁸ Geholfen hat es nicht, das Gericht gab Ginsburg Recht.⁹

Diese Liste diente als Ausgangslage für Ginsburgs Strategie als Co-Gründerin des *Women's Rights Project* bei der *American Civil Liberties Union (ACLU)*: Sie nahm sich die Liste der Bestimmungen vor und nahm Fälle an, um diese Bestimmungen aufgrund sexueller Diskriminierung vor Gericht zu ziehen.¹⁰ Ihr Kampf für die Gleichberechtigung fand nicht in den Strassen oder auf

1 JILL LEPORE, Ruth Bader Ginsburg, *The Great Equalizer*, *The New Yorker* vom 18. September 2020.

2 *Charles E. Moritz v. Commissioner of Internal Revenue*, 469 F.2d 466 (10th Circuit 1972), certiorari denied, 412 U.S. 906 (1973).

3 RUTH BADER GINSBURG, *Some Thoughts on Judicial Authority to Repair Unconstitutional Legislation*, *Cleveland State Law Review* 1979, 301-324, S. 304-307; JEFFREY ROSEN, *Conversations with RBG*, New York 2019, S. 4.

4 *Moritz v. Commissioner* (Anm. 2), § 1.

5 *Moritz v. Commissioner* (Anm. 2), § 10-18.

6 JANE SHERRON DE HART, Ruth Bader Ginsburg, New York 2018, S. 126-129; ROSEN (Anm. 3), S. 25.

7 DE HART (Anm. 6), S. 172.

8 DE HART (Anm. 6), S. 172: «that the judges' decision in the Tenth Circuit cast doubt on the constitutionality of a long list of federal statutes.»

9 *Moritz v. Commissioner* (Anm. 2), § 29.

10 DE HART (Anm. 6), S. 172-175; ROSEN (Anm. 3), S. 19-34.

dem politischen Parkett, sondern vor Gericht statt. Und der Ausgangspunkt war eine Liste, die ihre Gegner erstellt hatten. Sie ging systematisch vor, wählte die Fälle penibel aus und vertrat oft auch Männer, damit sich die damals meist männlichen Richter besser mit ihrem Mandanten identifizieren konnten.¹¹ Ginsburgs Arbeit leistete einen grossen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter in den USA.¹²

2. Übersetzbarkeit der Strategie in die schweizerische Rechtsordnung

Der XXII. APARIUZ-Band, in welchem dieser Aufsatz erscheint, trägt den Titel «Unter Gleichen» und erscheint zum 50. Jahrestag der Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz. Der Aufsatz will der Frage nachgehen, ob Ginsburgs Strategie auch in der Schweiz funktioniert. Die Übersetzbarkeit der Strategie in die schweizerische Rechtsordnung scheint auf den ersten Blick alles andere als gegeben, denn die US-amerikanische Verfassungsordnung operiert unter anderen Vorzeichen als die schweizerische. Gleichzeitig zeigt gerade der Weg zur Einführung des Frauenstimmrechts auf, dass die Rechtsprechung bei politischen Veränderungen auch in der Schweiz eine wichtige Rolle spielen kann. Neben den klassischen politischen Mitteln haben Organisationen, die sich in der Schweiz für das Frauenstimmrecht einsetzten, auch den Gang vor Gericht als Weg gewählt.¹³ So hat 1991 ein Bundesgerichtsurteil schlussendlich auch im letzten Kanton, Appenzell Innerrhoden, zur Einführung des Frauenstimmrechts geführt.¹⁴

Der Aufsatz bearbeitet folgende Frage: Funktionieren Gerichtsverfahren als Mittel der politischen Partizipation im Kontext der schweizerischen Rechtsordnung? Dazu soll in einem ersten Schritt Ginsburgs Strategie theoretisch eingebettet werden (II). Danach analysiert der Aufsatz drei Spezifika des schweizerischen Verfassungskontexts, die gegen eine reibungslose

11 DE HART (Anm. 6), S. 172-175; HERMA HILL KAY, Ruth Bader Ginsburg: Law Professor Extraordinaire, in: Scott Dodson (Hrsg.), *The Legacy of Ruth Bader Ginsburg*, Cambridge 2015, 12-30, S. 21; siehe hierzu II.1.

12 LEPORE (Anm. 1): «The natural and proper timidity and delicacy which belongs to the female sex evidently unfits it for many of the occupations of civil life. It took centuries, and tens of millions of women, to dismantle that nonsense. And no single one of them was more important than Ginsburg, warm-hearted, razor-sharp, and dauntless.»

13 BUNDESRAT, Botschaft an die Bundesversammlung über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten vom 23. Dezember 1969, BBl 1970 I 61, 94-100; YVONNE VOEGELI, *Frauenstimmrecht*, in: *Historisches Lexikon der Schweiz* (HLS), Version vom 17. September 2019.

14 BGE 116 Ia 359.

Übersetzbarkeit der Strategie sprechen (III). Darauf folgt ein exemplarischer historischer Rückblick zu Gerichtsentscheiden im Bereich der Geschlechterdiskriminierung in der Schweiz, welche der Strategie Ginsburgs ähneln (IV), um vor diesem Hintergrund die Fragestellung zu beantworten (V).

II. Strategische Prozessführung

1. Ein Definitionsversuch

Ginsburgs Strategie kann dem Konzept «strategische Prozessführung» (engl. «*strategic litigation*») zugeordnet werden. Das Konzept entzieht sich einer vollständigen Definition und wird uneinheitlich verwendet.¹⁵ Der gemeinsame Nenner ist der Fokus auf das Potential von Gerichtsverfahren für politische Veränderungen. Ein strategischer Prozess hat nicht nur die Interessen einer bestimmten Partei, sondern vor allem mögliche politische Auswirkungen des Gerichtsverfahrens im Blick.¹⁶ Diese Auswirkungen können sich nicht nur bei einem Obsiegen ergeben, weshalb nicht nur gewonnene Fälle unter diese Kategorie fallen.¹⁷ Strategische Prozessführung entstand ursprünglich in den USA.¹⁸ Bekannte strategische Prozesse in den USA sind beispielsweise *Roe v. Wade* zum Recht auf Abtreibung oder *Brown v. Board of Education* zur Rassentrennung in öffentlichen Schulen.¹⁹

Das Konzept strategische Prozessführung kann aus zwei verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Erstens kann strategische Prozessführung als ein Vorgehen, ein *modus operandi*, mit einer bestimmten Zielsetzung verstanden werden.²⁰ Hierzu gehören eine genaue Auswahl der zu vertretenden

15 So beschäftigen sich insgesamt fünf Aufsätze im ersten deutschsprachigen Sammelband zu *strategic litigation* mit einem Definitionsversuch, Alexander Graser / Christian Helmrich (Hrsg.), *Strategic Litigation*, Baden-Baden 2019, S. 21-52.

16 So beispielsweise CHRISTIAN HELMRICH, Wir wissen eigentlich gar nicht, was strategische Prozessführung ist, in: Graser/Helmrich (Anm. 15), 31-35, S. 33.

17 So schreibt JULES LOBEL, Präsident des *Center for Constitutional Rights*, das sich auf *strategic litigation* konzentriert: «Even though the political context of our challenges made courtroom success highly improbable, we persevered because our purposes were broader than victory alone. We were speaking to the public, not just the court.», JULES LOBEL, *Success without Victory, Lost Legal Battles and the Long Road to Justice in America*, New York/London 2003, S. 4.

18 WOLFGANG KALECK, Mit Recht gegen die Macht, in: Graser/Helmrich (Anm. 15), 21-25, S. 21.

19 ADAM WEISS, The Essence of Strategic Litigation, in: Graser/Helmrich (Anm. 15), 27-30, S. 27; *Jane Roe, et al. v. Henry Wade, District Attorney of Dallas Country*, 410 U.S. 113 (1973); *Oliver Brown et al. v. Board of Education of Topeka et al.*, 347 U.S. 483 (1954).

20 So befasst sich der zweite Teil des Sammelbandes zu *strategic litigation* (siehe Anm. 15) mit dem Vorgehen bei strategischer Prozessführung.

Partei, der vorgebrachten Argumentation, die Finanzierung und meist auch eine öffentliche Kommunikation während des Prozesses.²¹ Oft sind es Nicht-regierungsorganisationen, wie beispielsweise die ACLU, bei welcher Ginsburg arbeitete, oder zivilgesellschaftliche Interessenvertreter*innen, die eine strategische Prozessführung in diesem Sinne organisieren.²²

Zweitens kann beim Konzept der strategischen *Prozessführung* der Fokus auf die Auswirkungen des Prozesses gelegt werden.²³ Nach diesem Verständnis sind die subjektive Motivation der Partei und das konkrete Vorgehen nicht relevant. Die beiden Verständnisse führen wohl zu fast deckungsgleichen Mengen von Gerichtsverfahren, jedoch findet eine Verschiebung des Fokus statt. Dadurch können bei zweiter Perspektive auch Prozesse dazugezählt werden, bei denen unklar ist, ob sie von der Partei und ihrer Vertretung als strategische Prozessführung verstanden wurden.

2. Politische Partizipation durch die Judikative

Die strategische Prozessführung kann als eine Form der politischen Partizipation gesehen werden und steht im Spannungsraum zwischen Recht und Politik.²⁴ Die politische Forderung muss in den spezifisch rechtlichen Code übersetzt werden, um vom Gericht verstanden zu werden.²⁵ Dementsprechend handelt es sich um eine systemimmanente Art der politischen Partizipation.²⁶ Anders als bei politischer Partizipation, die bei der Rechtsetzung

21 HELEN DUFFY, *Strategic Human Rights Litigation*, Oxford u.a. 2018, S. 233-269; VANESSA RÜEGGER, *Strategic Human Rights Litigation – Eine Standortbestimmung, sui-generis* 2020, 94-113, S. 102-109.

22 DUFFY (Anm. 21), S. 18-19; RÜEGGER (Anm. 21), S. 103-104.

23 WEISS (Anm. 19), S. 27; ALEXANDER GRASER, *Strategic Litigation: Ein Verstehensversuch*, in: Graser/Helmrich (Anm. 15), 37-41, S. 37; HELMRICH (Anm. 16), S. 33.

24 So spricht ALEXANDER GRASER von «inszenierte[n] Narrative[n] normativen Protests», GRASER (Anm. 23), S. 37; aus einem politologischen Blickwinkel GESINE FUCHS, «Strategische Prozessführung» als Partizipationskanal, in: Dorothee de Nève / Tina Olteanu (Hrsg.), *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*, Opladen u.a. 2013, 51-74; sowie GESINE FUCHS, *Rechtmobilisierung*, in: Christian Boulanger / Julika Rosenstock / Tobias Singelstein (Hrsg.), *Interdisziplinäre Rechtsforschung*, Wiesbaden 2019, 243-256.

25 HELMRICH (Anm. 16), S. 34, 35: «Sozialer Aktivismus mit Mitteln des Rechts»; GRASER (Anm. 23), S. 38: «prinzipielle Anpassung an deren [der Dritten Gewalt] Funktionslogik – also in diesem Sinne normative Formulierung des Protests.»

26 Zur Vereinbarkeit eines solchen Vorgehens mit feministischen Ansätzen SUSANNE BAER, *Geschlecht und Recht – zur rechtspolitischen Steuerung der Geschlechterverhältnisse*, in: Michael Meuser / Claudia Neusüß (Hrsg.), *Gender Mainstreaming*, Bonn 2004, 71-83; ELISABETH HOLZLEITHNER, *Emanzipation durch Recht?*, *Kritische Justiz* 2008, 250-256.

ansetzt und die Rechtsordnung verändern möchte, setzt die strategische Prozessführung auf die «gestaltende Wirkung der Verbindlichkeiten»²⁷, die bereits in der Rechtsordnung enthalten sind.²⁸ Somit ist strategische Prozessführung auch ein Glaubensbekenntnis zur bestehenden Rechtsordnung, indem sie deren Durchsetzung und eben nicht Veränderung bezweckt.²⁹ Die strategische Prozessführung führt dazu, dass die Politik innerhalb der Rechtsordnung und deren Codierung operieren muss.

Gleichzeitig wird das Gericht in seiner Funktion überfordert. Die Theorie der Gewaltenteilung teilt dem Gericht eine rechtliche Funktion zu.³⁰ Das Gericht als Idealtypus befasst sich mit einem Einzelfall und stellt bei Rechtsstreitigkeiten zwischen zwei Parteien mittels eines rechtlichen Entscheids den Rechtsfrieden wieder her.³¹ Bei der strategischen Prozessführung erhält das Gericht eine Rolle, die über diese idealtypische Funktion der Rechtsprechung hinausgeht.³² Das Gericht wird zu einer Bühne für Politisches.³³ Dadurch wird das Recht, genauer die Rechtsprechung, auch zum Instrument der Politik und dadurch herausgefordert.³⁴

In der Schweiz trifft «strategische Prozessführung» auf andere Vorzeichen als in den USA. Um die dem Aufsatz zugrundeliegende Frage zu beantworten, werden in einem nächsten Schritt drei Spezifika der schweizerischen Rechtsordnung herausgearbeitet, welche gegen eine reibungslose Übersetzbarkeit einer solchen Strategie sprechen könnten.

27 HELMRICH (Anm. 16), S. 34.

28 GRASER (Anm. 23), S. 38.

29 HELMRICH (Anm. 16), S. 34; ähnlich FUCHS (Anm. 24 (2013)), S. 53-54: «Auf einer Metaebene stabilisiert die Nutzung des Rechtswegs die bestehende Ordnung und demokratische Rechtsstaatlichkeit.»

30 CHRISTOPH MÖLLERS, *Gewaltengliederung*, Tübingen 2005, S. 95-97; NIKLAS LUHMANN, *Das Recht der Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1995, S. 299-305.

31 REGINA KIENER, *Richterliche Unabhängigkeit*, Bern 2001, S. 1-6; JOHANNES REICH, Art. 191c, in: Bernhard Waldmann / Eva Maria Belser / Astrid Epiney (Hrsg.), *Bundesverfassung*, Basler Kommentar, Basel 2015, N 1-3, 14.

32 Ähnlich GINSBURG (Anm. 3), S. 324: «The function the courts perform in choosing between extension and invalidation of a constitutionally infirm statute seems to me entirely harmonious with a view that sees our institutions of government not as rigidly compartmentalized but as interdependent.»

33 HELMRICH (Anm. 16), S. 34.

34 So beschrieben für die Verfassungsgerichtsbarkeit: CHRISTOPH MÖLLERS, *Legalität, Legitimität und Legitimation des Bundesverfassungsgerichts*, in: Matthias Jestaedt / Oliver Lepsius / Christoph Möllers / Christoph Schönberger (Hrsg.), *Das entgrenzte Gericht*, Berlin 2011, 281-422, S. 307-326.

III. Drei Spezifika der schweizerischen Rechtsordnung

1. Distinktes Demokratieverständnis

Erstens ist das der Schweizer Verfassung zugrundeliegende normative Demokratieverständnis ein anderes.³⁵ Die Verfassung widerspiegelt gemäss Bundesrat ein «spezifisch schweizerisches Verständnis der Volkssouveränität» und «die Verbindung von repräsentativer und direkter Demokratie in dieser Form ist weltweit einzigartig».³⁶ Die Idee der Volkssouveränität ist geprägt vom «Glauben an den gesunden Menschenverstand des Volkes».³⁷ Historisch ist das schweizerische Demokratieverständnis von einem genossenschaftlichen geprägt, welches Demokratie als eine Selbstverwaltung sieht und die Kongruenz der Regierenden und Regierten postuliert.³⁸ Dieses Verständnis zeigt sich beispielsweise bei ZACCHARIA GIACOMETTI, der in der Demokratie die «Hüterin der Menschenrechte» sah.³⁹ So sei der Schutz der Menschenrechte Einzelner gerade im Interessen aller.⁴⁰ Deshalb führen demokratische Entscheidungen zu Normen, die notwendigerweise mit den Grundrechten vereinbar sind. Ein Widerspruch zwischen demokratischen Entscheiden und Grundrechten ist so auch nicht möglich und es braucht deshalb auch keine gerichtliche Kontrolle von demokratischen Entscheiden.⁴¹

Dieses Demokratieverständnis steht im Gegensatz zu dem der rechtlich-gezügelmten Demokratie, auf welchem die *US Constitution* basiert.⁴² Nach

35 Ausführlich JOHANNES REICH, Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, in: Oliver Diggelmann / Maya Hertig Randall / Benjamin Schindler (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz – Droit constitutionnel suisse, Bd. I, Zürich/Basel/Genf 2020, 333-355, insbesondere N 16-22; FRANCIS CHENEVAL, Demokratietheorien, Hamburg 2015, S. 164-165.

36 BUNDESRAT, Botschaft über eine neue Bundesverfassung vom 20. November 1996, BBl 1996 I 1, S. 15.

37 WOLF LINDER / SEAN MUELLER, Schweizerische Demokratie, 4. Auflage, Bern 2017, S. 294.

38 REICH (Anm. 35), N 16-22; ANDREAS SUTER, Demokratien in Spätmittelalter und früher Neuzeit, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 13. März 2016.

39 ZACCARIA GIACOMETTI, Die Demokratie als Hüterin der Menschenrechte, in: Universität Zürich (Hrsg.), Jahresbericht 1953/54, Zürich 1954, 3-23, S. 23: «Ja, die Schweiz bildet einen einzig dastehenden Fall von Demokratie, wo das Volk als Gesetzgeber selbst Hüter der Menschenrechte ist [...]»

40 GIACOMETTI (Anm. 39), S. 13: «Dem Volke als Träger der Freiheitsrechte sollte das Amt eines Wächters der Menschenrechte wesensgemäß sein.»

41 REICH (Anm. 35), N 16-17.

42 REICH (Anm. 35), N 18-19.

diesem Verständnis enthält die Demokratie die Gefahr der Tyrannei der Mehrheit. Das demokratische Volk wird hier als heterogen verstanden und es gilt, die Interessen der Einzelnen vor einer solchen Tyrannei zu schützen.⁴³ Dieser Befürchtung wird gerade durch einen Ausbau der Judikative begegnet, welche die Interessen der Einzelnen schützt.⁴⁴ In einer solchen Demokratie ist das Konzept der «strategischen Prozessführung» konsequent, da dadurch die rechtliche Zählung der Demokratie erreicht, respektive die vorhandenen Verbindlichkeiten durchgesetzt werden.⁴⁵

2. Gewaltenteilungsprinzip und eingeschränkte Verfassungsgerichtsbarkeit

Zweitens ist das Verständnis des Verhältnisses der Staatsgewalten ein anderes. In den USA stehen die Gewalten im Sinne eines *checks and balances* zueinander.⁴⁶ Das Gewaltenteilungsprinzip hatte in der Schweiz im Vergleich historisch eine weniger grosse Bedeutung.⁴⁷ Demgegenüber hatte das Demokratieprinzip einen viel höheren Stellenwert.⁴⁸ Das zeigt sich beispielsweise in Art. 148 BV⁴⁹, welcher die Bundesversammlung und somit die Legislative als «oberste Gewalt» benennt, da diese am stärksten demokratisch legitimiert ist.⁵⁰

Damit zusammenhängend ist die Verfassungsgerichtsbarkeit in der Schweiz eingeschränkt. Bei der Gründung des Bundesgerichts 1874 hatte man den *US Supreme Court* bewusst als Vergleich hinzugezogen und vor diesem

43 JAMES MADISON, *The Federalist Papers* No 10, 23 November 1787: «Hence it is that such [pure] democracies have ever been spectacles of turbulence and contention; have ever been found incompatible with personal security or the rights of property; and have in general been as short in their lives as they have been violent in their deaths...»

44 SAMUEL ISSACHAROFF, *Comparative constitutional law as a window on democratic institutions*, in: Erin Delaney / Rosalind Dixon (Hrsg.), *Comparative Judicial Review*, Cheltenham 2018, 60–82, S. 67–70.

45 Ähnlich CHENEVAL (Anm. 35), S. 24–25.

46 ALEXANDER HAMILTON or JAMES MADISON, *The Federalist Papers* No 51, 8 February 1788; MÖLLERS (Anm. 30), S. 76–78.

47 VINCENT MARTENET, *La Séparation des Pouvoirs*, in: Diggelmann/Hertig Randall/Schindler (Anm. 35), Bd. II, 999–1023, N 26–29.

48 MARTENET (Anm. 47), N 26.

49 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101).

50 GIOVANNI BIAGGINI, Art. 148 BV, in: Giovanni Biaggini, *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, Orell Füssli Kommentar, 2. Auflage, Zürich 2017, N 4; PHILIPPE MASTRONARDI, Art. 148 BV, in: Bernhard Ehrenzeller / Benjamin Schindler / Rainer J. Schweizer / Klaus Vallender (Hrsg.), *Die schweizerische Bundesverfassung*, St. Galler Kommentar, 3. Auflage, Zürich 2014, N 7.

Hintergrund eine andere Ausgestaltung beschlossen.⁵¹ So entstand Art. 113 Abs. 3 (respektive Art. 114bis Abs. 3) der Bundesverfassung von 1874, der bei der Totalrevision 1999 als Art. 190 BV nachgeführt wurden.⁵² Art. 190 BV besagt, dass Bundesgesetze für das Bundesgericht und andere rechtsanwendende Behörden massgebend sind. Das Bundesgericht darf Bundesgesetze zwar auf ihre Verfassungsmässigkeit prüfen, muss jedoch auch verfassungswidrige Bundesgesetze anwenden.⁵³ Das Anwendungsgebot überträgt sich auch auf Bundesverordnungen und kantonales Recht, sofern diese zwingend auf eine bundesgesetzliche Regelung zurückzuführen sind.⁵⁴ Diese Regelung soll, so Bundesrat Jacob Dubs, sicherstellen, dass «die richterliche Gewalt nicht über die gesetzgebende [sic] sich erhebe.»⁵⁵

Die Überprüfung der Verfassungsmässigkeit ist ein häufiges Mittel bei strategischen Prozessen.⁵⁶ Denn gerade die meist in einer Verfassung enthaltenen Grundrechte eignen sich dafür, die «gestaltende Wirkung der Verbindlichkeiten»⁵⁷ zu nutzen. Dementsprechend führt eine Einschränkung der Verfassungsgerichtsbarkeit dazu, dass strategische Prozessführung weniger erfolgversprechend erscheint.⁵⁸

3. Vielzahl von direkt-demokratischen Mitteln der Partizipation

Drittens kennt die Schweiz auf allen föderalen Ebenen weitaus stärker ausgebaute Mittel der direkt-demokratischen Partizipation als die USA.⁵⁹ Dadurch haben politische Akteur*innen eine Auswahl von verschiedenen ausgestalteten Mitteln, um ihre Interessen in den politischen Prozess einzubringen. Auch weniger gut organisierte, ressourcenarme oder kleine Minderheiten können potenziell solche Mittel verwenden.⁶⁰ Dadurch sind die Hürden, Interessen in den politischen Prozess einzubringen, im Vergleich kleiner.

51 Protokoll über die Verhandlungen des Schweizer Nationalrathes [sic] betreffend Revision der Bundesverfassung, 1871/1872, Bern 1873, Nationalrat, S. 501.

52 BUNDESRAT (Anm. 36), S. 428 f.

53 ASTRID EPINEY, Art. 190 BV, in: Waldmann/Belser/Epiney (Anm. 31), N 35.

54 EPINEY (Anm. 53), N 30-31.

55 Protokoll (Anm. 51), S. 501.

56 FUCHS (Anm. 24 (2013)), S. 54-59.

57 HELMRICH (Anm. 16), S. 34.

58 Siehe hierzu hinten 2.

59 ADRIAN VATTER, Das politische System der Schweiz, Baden-Baden 2014, S. 347-357; LINDER/MUELLER (Anm. 37), S. 295.

60 Ähnlich LINDNER/MÜLLER (Anm. 37), S. 163: «Zweitens ist die direkte Demokratie für die Anliegen und Träger sozialer Bewegungen kein Hindernis, sondern eine zusätzliche Option, welche die Handlungsmöglichkeiten «von unten» erweitert und fördert.»

Diese Hürden führen in anderen Rechtsordnungen dazu, dass das Mittel der politischen Prozessführung gewählt wird.⁶¹ Deshalb scheint in der Schweiz die Relevanz der strategischen Prozessführung weniger gross als in anderen Rechtsordnungen.

Diese drei Spezifika können zu folgendem Fazit führen: «Zur politischen Kultur der Schweiz gehört, dass die direktdemokratische Entscheidung dem Recht mehr Legitimation verleiht als ein Gerichtsurteil.»⁶² Somit scheinen Eigenheiten der schweizerische Verfassungsordnung gegen eine Übersetzbarkeit der strategischen Prozessführung zu sprechen. Im nächsten Teil folgt ein exemplarischer Rückblick zu strategischen Prozessen in der Schweiz. Der Rückblick ist nach föderalen Ebenen gegliedert, da sich die Möglichkeiten der strategischen Prozessführung je nachdem unterscheiden. Der Rückblick soll keinen umfassenden Überblick zu strategischer Prozessführung mit dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter bieten. Vielmehr fokussiert der Rückblick auf erfolgreiche strategische Prozessführung. Mit erfolgreich sind Prozesse gemeint, welche die von den Prozessführer*innen gewünschten politischen Auswirkungen auch tatsächlich nach sich zogen.

IV. Exemplarischer Rückblick

1. Strategische Prozessführung gegen kantonale Erlasse

Gegen kantonale Erlasse gibt es einige Gerichtsverfahren, die in dem Sinne als strategische Prozessführung angesehen werden können, dass sie politische Auswirkungen hatten. So gab es beispielsweise erfolgreiche Fälle im Bereich des Sozialversicherungsrechts,⁶³ der Feuerwehrpflicht⁶⁴ oder des Namensrechts⁶⁵. Dies erstaunt auch wenig, weil kantonales Recht grundsätzlich nicht der Verfassungsgerichtsbarkeit entzogen ist.⁶⁶ Gleichzeitig wirken auch hier die Spezifika der schweizerischen Verfassungsordnung.

Dies zeigt sich anschaulich an den Urteilen des Bundesgerichts, die sich mit kantonalen Regelungen, welche Frauen vom Stimmrecht ausschlossen, beschäftigten.⁶⁷ Das Bundesgericht verwies lange Zeit auf die Mittel der

61 GESINE FUCHS, Was ist strategische Prozessführung?, in: Graser/Helmrich (Anm. 15), S. 48.

62 LINDNER/MÜLLER (Anm. 37), S. 361.

63 BGE 116 V 198.

64 BGE 123 I 56.

65 BGE 126 I 1.

66 Siehe hierzu hinten III.2.

67 Siehe hierzu hinten I.2.

Legislative, um das Stimmrecht auf Frauen auszuweiten, da es bei der Auslegung an den Willen der Legislative sowie die ständige Praxis der anwendenden Behörden gebunden sei.⁶⁸ Dies ist im Kern eine spezifische Gewichtung der verschiedenen Elementen des pragmatischen Methodenpluralismus⁶⁹ des Bundesgerichts. Der Wortlaut sowie das historische Element werden höher als das teleologische Element und die systematische Auslegung, im Sinne einer verfassungskonformen Auslegung, gewichtet. Zudem widerspiegelt sie die oben genannten Spezifika der schweizerischen Verfassungsordnung, in der dem demokratisch legitimierten Gesetzgeber eine grosse Bedeutung zugeteilt wird.⁷⁰

1991 hat das Bundesgericht jedoch diese Praxis verworfen und die politischen Rechte der Frauen auf kantonaler Ebene in Appenzell Innerrhoden anerkannt.⁷¹ Bereits 1989 wandte sich Theresa Rohner mit Stimmrechtsbeschwerde an das Bundesgericht und machte geltend, dass die Verweigerung des Stimmrechts für Frauen in kantonalen Angelegenheiten eine verfassungswidrige Diskriminierung sei.⁷² Ihre Beschwerde galt als «absolute Provokation».⁷³ Das Bundesgericht sistierte das Verfahren, da an der Landsgemeinde vom 29. April 1990 die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts traktandiert war.⁷⁴ Die Landsgemeinde lehnte den Antrag zur Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts jedoch ab.⁷⁵ Ein Mitglied der «Gruppe für Innerrhoden», Ursula Baumann, und ein Gönner der Gruppe, Mario Sonderegger, erhoben je, gemeinsam mit insgesamt hundert weiteren Personen, staatsrechtliche Beschwerde gegen diesen Landsgemeindebeschluss.⁷⁶ Das Bundesgericht stellte in seinem Urteil fest, dass den Frauen die politischen Rechte im Kanton Appenzell Innerrhoden zustehen, da die Begriffe «Schweizer» und «Landsleute» in Art. 16 Abs. 1 der Kantonsverfassung von Appenzell Innerrhoden zum Stimmrecht gemäss verfassungskonformer Auslegung

68 So beispielsweise BGE 83 I 173 E. 4: «Or, s'il [le juge] possède bien le pouvoir de compléter la loi lorsqu'elle présente une lacune, il n'a pas en revanche celui de la modifier. Ce droit n'appartient qu'à l'autorité législative. Le particulier qui voudrait donner à la norme un sens différent doit donc avoir recours non point au juge mais au législateur.»

69 ERNST KRAMER, Juristische Methodenlehre, 5. Auflage, Bern 2016, S. 60–189.

70 Siehe hierzu hinten III.2.

71 BGE 116 Ia 359.

72 ISABEL ROHNER, Von Demokratie und Ravioli oder Warum die Appenzellerinnen dann doch irgendwann wählen durften, in: Isabel Rohner / Irène Schäppi, 50 Jahre Frauenstimmrecht, Zürich 2020, S. 239–243.

73 ROHNER (Anm. 72), S. 241.

74 BGE 116 Ia 359 Sachverhalt, S. 361.

75 BGE 116 Ia 359 Sachverhalt, S. 361.

76 BGE 116 Ia 359, Sachverhalt, S. 361–362; siehe Website «Gruppe für Innerrhoden».

Frauen mitmeinen.⁷⁷ So hat das Bundesgericht hier die verfassungskonforme Auslegung höher gewichtet als das historische Element und den Wortlaut.⁷⁸ Das Bundesgericht führt aus, dass «der Zeitablauf seit der Aufnahme der beiden Bestimmungen in den Jahren 1971 und 1981 [Frauenstimmrecht und Gleichstellungsartikel in der BV] sowie der seither eingetretene Wandel des geistigen, sozialen und politischen Entwicklungsstandes mitzuberücksichtigen» seien.⁷⁹ Überspitzt formuliert, könnte man das Bundesgericht so verstehen, dass es keine Geduld mehr hatte.⁸⁰

2. Strategische Prozessführung gegen Bundesgesetze

Die erstaunlichsten Beispiele sind diejenigen Beschwerden, welche von vorneherein aussichtslos erscheinen. Hierzu gibt es zwei Beispiele im Bereich des Erwerbsersatzgesetzes⁸¹, eines Bundesgesetzes im Sinne von Art. 190 BV. Dieses Gesetz regelt gleichzeitig den Erwerbsersatz von Dienstleistenden in der schweizerischen Armee, im Zivildienst oder im Rotkreuzdienst sowie den Mutterschaftsurlaub (Art. 1a und Art. 16b EOG). Dementsprechend regelt das Gesetz einerseits einen Bereich, der Frauen, und andererseits einen Bereich, der statistisch klar mehr Männer betrifft.⁸²

Das Bundesgericht musste sich in den letzten Jahren mit der Frage befassen, ob bestimmte Bestimmungen des Erwerbsersatzgesetzes gegen das Gebot der Gleichberechtigung der Geschlechter (Art. 8 Abs. 3 BV) verstossen.⁸³ So hat ein Vater im Jahr 2012 bei der zuständigen AHV-Zweigstelle ein Gesuch um «Elternschaftsentschädigung» gestellt. Der Anspruch auf Erwerbsersatzentschädigung wurde mit Verweis auf den Wortlaut (anspruchsberechtigt sind «Frauen» (Art. 16b EOG)) und den Zweck der «Mutterschaftsentschädigung»

77 BGE 116 Ia 359 E. 10c; kritisch zu diesem Richtungswechsel: GIOVANNI BIAGGINI, Die Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton Appenzell I.Rh. kraft bundesgerichtlicher Verfassungsinterpretation, recht 1992, 65-76.

78 BGE 116 Ia 359 E. 9 c.

79 BGE 116 Ia 359 E. 9 b.

80 Auch in diese Richtung deutend: BGE 116 Ia 359 E. 9 a.: «Die Frage, ob Art. 4 Abs. 2 BV unmittelbar zur Anwendung gelange oder ob den Kantonen ein angemessener Zeitraum einzuräumen sei, um ihre Gesetze entsprechend anzupassen, kann offengelassen werden, da eine allfällige Frist seit dem Inkrafttreten von Art. 4 Abs. 2 BV vor rund zehn Jahren ohnehin abgelaufen wäre.»

81 Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft vom 25. September 1952 (Erwerbsersatzgesetz, EOG; SR. 834.1).

82 Während jeder männliche Schweizer zum Dienst verpflichtet ist (Art. 59 Abs. 1 BV), ist dieser für weibliche Schweizer freiwillig (Art. 59 Abs. 2 BV).

83 BGE 140 I 305; BGer Urteil 9C_737/2019 vom 22. Juni 2020.

verneint.⁸⁴ Gegen die Ablehnung des Gesuches hat er Einsprache respektive Beschwerde wegen Verletzung von Art. 8 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 und Art. 14 BV, Art. 8 i.V.m. Art. 14 EMRK und des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau⁸⁵ erhoben.⁸⁶ Das Bundesgericht hat die Beschwerde mit derselben Argumentation abgewiesen.⁸⁷

Im letzten Jahr befasste sich das Bundesgericht mit den Betriebszulagen.⁸⁸ Betriebszulagen dienen dazu, beim Erwerbsausfall die weiterlaufenden Betriebskosten zu decken.⁸⁹ Diese werden nur beim Dienstersatz und nicht beim Mutterschaftsurlaub ausbezahlt. Der Gesetzgeber hat diese unterschiedliche Behandlung bewusst gewählt, um Kosten zu sparen.⁹⁰ Wiederrum hat das Bundesgericht aufgrund des Wortlauts und des klaren Willens des Gesetzgebers die Beschwerde wegen Verletzung von Art. 8 Abs. 2 und 3 sowie Art. 29 und Art. 29a BV abgewiesen.⁹¹

Das Interessante an der Argumentation des Bundesgerichts ist, dass beide Urteile wiederum Ausführungen zur Auslegung enthalten.⁹² Das Urteil zum Vaterschaftsurlaub setzt sich vertieft damit auseinander, inwiefern es an den Willen des Gesetzgebers gebunden und dies mit einer verfassungskonformen Auslegung zu verbinden sei: «Die verfassungskonforme Auslegung hat insbesondere dort ihre Grenze, wo entgegen dem klaren gesetzgeberischen Willen [...] ein (neuer) sozialversicherungsrechtlicher Anspruch geschaffen würde.»⁹³ Diese Ausführungen zeigen, dass sich das Bundesgericht der methodischen Möglichkeiten, die – wie beim Urteil zum Frauenstimmrecht – zu einer Gutheissung führen würden, bewusst ist.

Prof. Regula Kägi-Diener vertrat die Parteien im Prozess zum Vaterschaftsurlaub und wurde vom Verein «gleichbeRICHTIG» unterstützt.⁹⁴ Die

84 BGE 140 I 305 Sachverhalt A.

85 Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 (SR 0.108; CEDAW).

86 BGE 140 I 305 E. 3.2.

87 BGE 140 I 305 E. 7.4.

88 BGer Urteil 9C_737/2019 vom 22. Juni 2020.

89 KOMMISSION FÜR SOZIALE SICHERHEIT UND GESUNDHEIT DES NATIONALRATES, Bericht Parlamentarische Initiative 01.426 Revision Erwerbsersatzgesetz, BBl 2002 7522, S. 7536.

90 KOMMISSION (Anm. 89), S. 7547.

91 BGer Urteil 9C_737/2019 vom 22. Juni 2020, E. 3.1-3.2.

92 BGE 140 I 305 E. 6.1-7.1; BGer Urteil 9C_737/2019 vom 22. Juni 2020, E. 3.1-3.2.

93 BGE 140 I 305 E. 6.2.

94 Berner Eltern wollen Vaterschaftsurlaub einklagen, Tagesanzeiger vom 20. Oktober 2013.

Ehefrau des Beschwerdeführers, Charlotte Sieber-Gasser, arbeitet als wissenschaftliche Oberassistentin und Lehrbeauftragte in den Rechtswissenschaften an der Universität Luzern und war mit verschiedenen anderen Jurist*innen Mitgründerin des Vereins «gleichbeRICHTIG».⁹⁵ Auch die Beschwerdeführerin im Verfahren gegen die fehlenden Betriebszulagen für selbständige Frauen bei der Mutterschaft war eine Juristin. Sie wurde von Dr. Fanny de Weck, Anwältin in Zürich, vertreten.⁹⁶ Der Verein «Juristinnen Schweiz» hat beide Verfahren finanziell unterstützt.⁹⁷

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Juristinnen, welche die beiden Prozesse führten, wussten, dass das Bundesgericht ihre Situation nicht ändern und höchstens die Verfassungswidrigkeit dieser feststellen könnte. Trotzdem führten sie diese Prozesse und setzten Ressourcen ein. Die beiden Prozesse erinnern an die Worte von JULES LOBEL, der in seinem Buch «*Success without Victory*» schreibt: «If success can be measured only by direct result, immediate change, or easily perceived impact, then these earlier cases were unmitigated failures. But, if success can be viewed like the pentimenti of a painting, then these cases take on a different hue. Success inheres in the creation of a tradition, of a commitment to struggle, of a narrative of resistance that can inspire others similarly to resist.»⁹⁸ Zudem haben wir im Kapitel zu den kantonalen Erlassen (1) gesehen, dass das Bundesgericht auch überraschen kann.

3. Die Rolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

Die Ratifizierung der Europäischen Konvention für Menschenrechte (EMRK)⁹⁹ hatte einen gewichtigen Einfluss auf die strategische Prozessführung in der Schweiz. Erstens hat die EMRK die Einschränkungen von Art. 190 BV auf die Möglichkeiten der strategischen Prozessführung abgemildert. Anders als das Bundesgericht ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) nicht an das Anwendungsgebot von Bundesgesetzen gebunden.¹⁰⁰ Das führt potenziell dazu, dass das Bundesgericht «zur blossen Durchlauf-

95 Persönliches Gespräch mit Charlotte Sieber-Gasser.

96 KATHRIN ALDER, *Selbständige sind für die Dienstpflicht besser abgesichert als für die Mutterschaft – laut Bundesgericht ist das keine Geschlechterdiskriminierung*, Neue Zürcher Zeitung vom 15. Juli 2020.

97 ALDER (Anm. 96); persönliches Gespräch mit Charlotte Sieber-Gasser.

98 LOBEL (Anm. 17), S. 7.

99 Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK; SR 0.101).

100 BUNDESRAT (Anm. 36), S. 508.

instanz degradiert» würde.¹⁰¹ Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, hat das Bundesgericht seine Rechtsprechung angepasst und wendet konventionswidrige Bundesgesetze nicht an.¹⁰²

Zweitens geht der EGMR in seinen Urteilen teilweise weiter als das Bundesgericht. Als Beispiel können zwei Urteile im Bereich des Namensrechts genannt werden: *Burghartz gegen die Schweiz* und *Losonci Rose und Rose gegen die Schweiz* von 1994 respektive 2010.¹⁰³

Das Bundesgericht anerkannte in seinen Urteilen, die dann weitergezogen wurden, dass die damalige Regelung des Namensrechts verfassungswidrig sei.¹⁰⁴ Es sei ihm aber aufgrund von Art. 190 BV respektive der deckungsgleichen Bestimmung in der alten Bundesverfassung verwehrt, «eine vom Gesetzgeber verworfene Namensregelung einzuführen.»¹⁰⁵ Nur im Fall *Losonci* musste sich das Bundesgericht mit der Frage, ob das so ausgestaltete Namensrecht konventionswidrig sei, auseinandersetzen und verneinte diese.¹⁰⁶

Der EGMR hat die Schweiz in beiden Fällen wegen Verletzung von Art. 14 i.V.m. Art. 8 EMRK verurteilt.¹⁰⁷ Das Parlament hat diese beiden Urteile angenommen und das Namensrecht, wenn auch erst 2013, entsprechend angepasst.¹⁰⁸ Dies zeigt exemplarisch, dass die Legislative Entscheide von Gerichten, selbst von sogenannten fremden Richter*innen,¹⁰⁹ in den politischen Prozess aufnimmt. Somit können strategische Prozesse in der Schweiz schlussendlich zu politischen Veränderungen führen. Auch die Anliegen der beiden Verfahren zum Erwerbsersatzgesetz (IV. 2.) wurden von der Politik aufgenommen: Seit dem 1. Januar 2021 besteht in der Schweiz ein zweiwöchiger

101 So die Botschaft zur neuen Bundesverfassung, BUNDESRAT (Anm. 36), S. 508.

102 BGE 117 Ib 373 E. 2a-f; BUNDESRAT (Anm. 36), S. 508.

103 EGMR, *Burghartz v Switzerland*, Application no. 16213/90, 22. Februar 1994; EGMR, *Losonci Rose and Rose v. Switzerland*, Application no. 664/06, 9. November 2010.

104 BGE 115 II 193 E. 3b: «Auch für die Berufung auf Art. 4 Abs. 2 BV bleibt unter diesen Umständen kein Raum. Zwar liegt auf der Hand, dass die folgerichtige Durchsetzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes nach einer anderen Ausgestaltung des Namensrechts verlangt hätte, doch kann sich das Bundesgericht deswegen nicht dazu veranlasst sehen, durch ausdehnende Auslegung eine vom Gesetzgeber klar verworfene Namensregelung einzuführen (Art. 113 Abs. 3 BV).»; Urteil 5A.4/2005 vom 24. Mai 2005, E. 3.3.1

105 Urteil 5A.4/2005 vom 24. Mai 2005, E. 3.3.1.

106 Urteil 5A.4/2005 vom 24. Mai 2005, E. 3.3.2.

107 *Burghartz v. Switzerland* (Anm. 103), § 29; *Losonci v. Switzerland* (Anm. 103), § 53.

108 Parlamentarische Initiative 03.428 «Name und Bürgerrecht der Ehegatten» von Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer; Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, Parlamentarische Initiative 03.428 «Name und Bürgerrecht der Ehegatten» vom 27. August 2009, BBl 2009 7573.

109 Eidgenössische Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)», BBl 2016 7091.

Vaterschaftsurlaub (Art. 16i ff. EOG) und die Einführung von Betriebszulagen im Rahmen des Mutterschaftsurlaubs wird im Parlament diskutiert.¹¹⁰

V. Strategische Prozessführung in der Schweiz

Ruth Bader Ginsburg hat in den USA mittels strategischer Prozessführung unglaublich viel für die Gleichstellung der Geschlechter erreicht (I). Strategische Prozessführung bezweckt politische Veränderungen durch Gerichtsverfahren und steht so im Spannungsfeld zwischen Recht und Politik (II). Dies hat auch Ruth Bader Ginsburg erkannt, als sie das Urteil *Roe v. Wade* des *US Supreme Court* kritisierte: «I will stress [...] that judges play an interdependent part in our democracy. They do not alone shape legal doctrine but, as I suggested at the outset, they participate in a dialogue with other organs of government, and with the people as well.»¹¹¹ In der Schweiz sind diese Interdependenzen der Gewalten spezifisch anders ausgestaltet. Zudem basiert die schweizerische Verfassungsordnung auf einem distinkten Demokratieverständnis und es besteht eine Vielzahl von direkt-demokratischen Partizipationsmitteln. Diese Faktoren erschweren grundsätzlich die Möglichkeiten der strategischen Prozessführung (III).

Vielleicht hat sich auch deshalb in der Schweiz die strategische Prozessführung nicht wie in den USA als Instrument etabliert. Gleichzeitig zeigt die Analyse von verschiedenen Gerichtsverfahren im Bereich der Geschlechterdiskriminierung, dass in der Schweiz trotz dieser schwierigen Vorzeichen strategische Prozesse erfolgreich geführt werden können (IV). Seit Anfang 2020 baut der Verein *humanrights.ch* eine Anlaufstelle für strategische Prozessführung auf. Die Anlaufstelle will Informationen und *best practices* zu strategischen Prozessen in der Schweiz sammeln, Vernetzungsarbeit leisten und so strategische Prozessführung in der Schweiz fördern.¹¹² Es wird sich zeigen, ob die Koordination durch eine Anlaufstelle das Mittel der strategischen Prozessführung in der Schweiz vermehrt etablieren kann. Dieser Artikel wollte aufzeigen, dass es funktionieren könnte.

110 Motion 19.4110 «Betriebszulagen bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständig-erwerbenden» im Parlament diskutiert.

111 RUTH BADER GINSBURG, *Speaking in a Judicial Voice*, *New York University Law Review* 1992, 1185-1209, S. 1198; ähnlich GINSBURG (Anm. 3), S. 324.

112 *Humanrights.ch*, Anlaufstelle für strategische Prozessführung, Stärkung des Zugangs zum Recht für marginalisierte Personengruppen, November 2020.

APARIUZ XXII UNTER GLEICHEN

Die diesjährige XXII. Ausgabe der Schriftenreihe APARIUZ greift mit ihrem Titel «Unter Gleichen» programmatisch das 2021 anzusetzende fünfzigste Jubiläum eines der bedeutendsten rechtshistorischen und politischen Ereignisse der Schweiz auf: die Einführung des allgemeinen Frauenwahl- und Stimmrechts.

Ausgehend von diesem in seiner gesellschaftlichen und juristischen Tragweite kaum zu übertreffenden Meilenstein untersuchen die dreizehn Beiträge dieses Sammelbandes, verfasst von Nachwuchswissenschaftlerinnen aus allen juristischen Fachbereichen, verschiedenste Fragen zum komplexen und vielschichtigem Verhältnis von Recht, Gleichheit und Gerechtigkeit.